

Versprechen und Halten

Autor(en): **Huber, Johannes**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **9 (1929-1930)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-330238>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

standen und zwischen Freisinnigen und Zürcher Demokraten prinzipielle Unterschiede der Anschauung und der politischen Praxis kaum mehr bestehen, war es richtig, daß die sozialdemokratische Fraktion sich in die inneren Angelegenheiten dieses merkwürdigen Parteigebildes nicht eingemischt hat. Herr Bundesrat Wettstein hätte bei seiner bekannten Gewandtheit zweifelsohne in Bälde das Vertrauen der ihn bekämpfenden bürgerlichen Richtungen zurückverdient, und seine Politik wäre demnach ungefähr die gleiche geworden wie die des Herrn Bundesrat Meyer.

Versprechen und Halten.

Von Johannes Huber, St. Gallen.

Der 12. Dezember hat der schweizerischen Arbeiterschaft die erstmals geforderte Vertretung im Bundesrat versagt. Der positive Wert dieses negativen Entscheides liegt darin, daß er die wahre Gesinnung der bürgerlichen Parteien offenbart und jede heuchlerische Rechtfertigung der an der Arbeiterschaft geübten Vergewaltigung unmöglich gemacht hat. Noch krasser wirkt diese Vergewaltigung, wenn man ihr frühere feierliche Versprechungen der bürgerlichen Parteien gegenüberstellt.

Am 12. November 1918, vormittags 11 Uhr, begannen die Beratungen des telegraphisch einberufenen Nationalrates über den Generalstreik. Bundespräsident Calonder gab in einer Ansprache den Standpunkt des Bundesrates bekannt. An die Spitze seiner Ausführungen zu den Forderungen des Oltener Aktionskomitees stellte er folgende Erklärung:

«Die möglichst rasche Umgestaltung des Bundesrates in der Weise, daß auch die Sozialdemokratische Partei darin eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung erhält, entspricht durchaus unserer Auffassung. Im Interesse des gesamten Staates und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sollten die Führer dieser Partei an der Arbeit und an der Verantwortlichkeit der Landesregierung sich beteiligen. Nach der Auffassung des Bundesrates sollte die Mitgliederzahl der eidgenössischen Exekutive so rasch als möglich auf neun erhöht werden, damit in allernächster Zeit der Sozialdemokratischen Partei eine Vertretung gewährt werden könne. Sollte die Vermehrung der Mitgliederzahl nicht belieben, so würde man Mittel und Wege finden, auch bei nur sieben Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei die ihr gebührende Vertretung einzuräumen.»

Als erster Redner der bürgerlichen Parteien sprach Dr. Robert Forrer, Präsident der damals noch allmächtigen freisinnig-

demokratischen Fraktion, für die er in bezug auf die Zusammensetzung des Bundesrates die Erklärung abgab, sie

«erwarte auch, daß die sozialdemokratische Fraktion im Rahmen von Gesetz und Verfassung *auch in der Landesregierung teilhaben will an der Mitverantwortlichkeit für die Staatsgeschäfte*».

Die entsprechende Erklärung des Herrn von Streng, Präsident der katholisch-konservativen Gruppe, lautete:

Die Gruppe anerkennt die Bedürfnisse einer neuen, durch den Weltkrieg herbeigeführten Zeit im Sinne der natürlichen Weiterentwicklung der Demokratie im Staate, und insbesondere eines den Anforderungen der Gerechtigkeit und politischen Gleichheit aller staaterhaltenden Parteien entsprechenden Vertretungsrechtes nicht nur im Parlament, *sondern auch in der Regierung des Landes.*»

Nationalrat Dr. Rickli hatte einen Antrag eingereicht, dessen Ziffer 1 lautete:

«Der Nationalrat erklärt sich damit einverstanden, daß die Zahl der Bundesratsmitglieder sofort nach baldigster Schaffung der hierfür notwendigen verfassungsmäßigen Grundlage auf neun erhöht und der Sozialdemokratischen Partei eine gebührende Vertretung gewährt werde.»

Er verzichtete dann auf eine ausdrückliche Abstimmung über diesen Antrag, nachdem die Vorsitzenden der bürgerlichen Fraktionen ihm erklärt hatten, *sie seien grundsätzlich für diesen wie auch für die anderen Teile seines Antrages «und betrachten das alles als selbstverständlich.*» Wörtlich führte Dr. Rickli aus:

«Ich finde, man dürfe den Erklärungen, die vom Bundesrat und von sämtlichen Vertretern der bürgerlichen Fraktionen, mit Einschluß der sozialpolitischen Fraktion, abgegeben worden sind, *Glauben schenken.* Ich werde, nachdem z. B. Herr Forrer mir mit absoluter Treue erklärt hat, *er stehe für die namens seiner Fraktion abgegebenen Zusicherungen jederzeit ein,* mir erlauben, die Herren beim Wort zu nehmen, wenn sie, was ich nicht voraussetze, später nicht dabei bleiben würden, wirklich in dieser Beziehung entgegenzukommen.

Wenn einer der Herren im Saale grundsätzlich gegen meinen Antrag ist, so möchte ich ihn bitten, es zu sagen.»

Kein einziger Nationalrat hat sich grundsätzlich gegen die vom Bundesrat und von den Vertretern der bürgerlichen Parteien abgegebenen Erklärungen geäußert. Alle waren sie einig in der Auffassung, die Vertretung der Sozialdemokratie im Bundesrat sei ein Recht der schweizerischen Arbeiterklasse und

liege im politischen Interesse der Gesamtheit. Man hätte glauben können, Bundespräsident Dr. Calonder habe die aufrichtige Gesinnung nicht nur des Bundesrates, sondern auch der Bundesversammlung wiedergegeben, als er gegen den Schluß seiner Ansprache mit erhobener Stimme in den Saal hinausrief:

«Wir appellieren an den guten Willen und an die Solidarität aller Klassen und aller Bürger und reichen der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei und deren Führern in eidgenössischer Treue die Hand zu gemeinsamer Arbeit und für die Wohlfahrt des ganzen Volkes und namentlich auch für das Wohl der gesamten Arbeiterschaft.»

Am 12. Dezember 1929, elf Jahre und einen Monat nachdem diese Worte gesprochen wurden, haben die bürgerlichen Parteien der schweizerischen Arbeiterschaft und ihrer politischen Vertretung gezeigt, was die bürgerlichen Parteien unter «*eidgenössischer Treue*» verstehen. Die mit so salbungsvollen Worten angebotene Bruderhand hat sich zur Faust geballt und mit gewohnter Brutalität die Ansprüche der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterklasse niedergeschlagen.

Erfolge unter einem veralteten Wahlsystem.

Zu den aargauischen Gemeinderatswahlen.

Von Dr. Arthur Schmid.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau hat in den letzten Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Diese kommen am besten zum Ausdruck, wenn wir die Zahlen hinsetzen.

Bei den *Nationalratswahlen* erhielten die wichtigsten Parteien die folgenden Wählerzahlen:

	1919	1922	1925	1928
Sozialdemokratische Partei	14,025	15,276	18,696	20,668
Freisinnig-Demokratische Partei	12,630	10,148	11,050	11,462
Katholisch-Konservative Partei	12,355	11,591	12,283	12,660
Bauern- und Bürgerpartei	9,986	12,241	12,138	12,217

Wenn wir die obigen Wählerzahlen in Prozent umrechnen, dann ergibt sich das folgende Bild:

	1919	1922	1925	1928
Sozialdemokratische Partei	27,8 %	29,8 %	34,5 %	36,3 %
Freisinnig-Demokratische Partei	25,1 %	19,8 %	20,4 %	20,1 %
Katholisch-Konservative Partei	24,5 %	22,6 %	22,7 %	22,2 %
Bauern- und Bürgerpartei	19,8 %	23,9 %	22,4 %	21,4 %